



 **Pressemitteilung**

Kommunikation ● 14.01.2022

GVB fordert Impulse für Wachstum statt einer Verteuerung von Krediten

BaFin plant Einführung eines sektoralen Puffers für Wohnimmobilienkredite – Aus Sicht des Genossenschaftsverbands Bayern würde das Häuslebauer und den Mittelstand treffen

Mit Unverständnis hat der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) auf die Absicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zur geplanten Einführung eines Systemrisikopuffers für Wohnimmobilienkredite in Höhe von zwei Prozent und eines antizyklischen Kapitalpuffers von 0,75 Prozent reagiert. „Angesichts der konjunkturellen Entwicklung braucht es Impulse für Wachstum und Kreditvergabe. Das Ausmaß dessen, was die BaFin derzeit plant, läuft der dringend notwendigen wirtschaftlichen Erholung entgegen“, sagte GVB-Vorstandsmitglied Alexander Büchel am Freitag in München.

Wie das Statistische Bundesamt am Freitag mitteilte, ist die Wirtschaft in Deutschland im Jahr 2021 um 2,7 Prozent gewachsen und damit deutlich geringer als erhofft. „Die Wirtschaft hat Corona noch nicht hinter sich gelassen. Die Konjunkturerholung ist ein zartes Pflänzchen, das es zu pflegen gilt“, sagte Büchel. Die geplanten Maßnahmen der BaFin zur Einführung eines antizyklischen Puffers und eines sektoralen Puffers in Höhe von zwei Prozent für den Wohnimmobiliensektor wirke kontraproduktiv, weil es Kredite verteuert und den Aufwand für die Banken erhöht.

„Wichtig wäre es jetzt, Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu setzen, anstatt Realkredite zu verteuern“, forderte Büchel. Eine Verteuerung von Krediten trifft Häuslebauer und die mittelständische Wirtschaft. Zudem würde der systemische Puffer sämtliche Wohnimmobilienkredite betreffen, unabhängig vom tatsächlichen Risiko. „Eine derart pauschale Betrachtung wird der Herausforderung nicht gerecht und ignoriert regionale Unterschiede bei der Preisentwicklung“, kritisierte der GVB-Vorstand.

„Wer weiter steigenden Immobilienpreisen entgegenwirken will, muss den Wohnungsbau fördern und darf ihn nicht durch pauschale und undifferenzierte Maßnahmen weiter verteuern“, forderte Büchel.

Anlagen


 [Alle Pressemitteilungen](#)



Dr. Gerald Schneider

Pressesprecher

Mitgliederentwicklung und Kommunikation > Medien und
Kommunikation

 +49 (89) 2868-3401

 presse@gv-bayern.de